



Presseinformation

München, 11. Oktober 2022

Allen Geflüchteten die rasche Aufnahme einer Beschäftigung auf dem Arbeitsmarkt ermöglichen

„Aktuelle Studien zeigen, dass psychische und psychosomatische Erkrankungen bei arbeitslosen Menschen signifikant häufiger auftreten als bei Erwerbstätigen. Ich appelliere daher an die politischen Entscheidungsträger, allen Geflüchteten im Zuständigkeitsbereich der Bundesrepublik Deutschland die rasche Aufnahme einer Beschäftigung auf dem deutschen Arbeitsmarkt zu ermöglichen“, erklärt Dr. Andreas Botzlar, 1. Vizepräsident der Bayerischen Landesärztekammer.

Gemäß der derzeitigen Gesetzeslage dürften Geflüchtete im Regelfall nicht arbeiten, während sie verpflichtet seien, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen. Außerdem benötigten Asylbewerberinnen und -bewerber sowie Geduldete stets eine Genehmigung der jeweils zuständigen Ausländerbehörde, um eine Beschäftigung aufnehmen zu können. Immer wieder komme es dabei vor, dass solche Genehmigungen erst nach langen Verzögerungen oder überhaupt nicht erteilt würden.

Für Botzlar ein Unding. „Wer arbeitslos ist, erlebt dies meist als eine schwere seelische Belastung, was neben psychischen Problemen wie Rückzug und Depression auch somatische Störungen wie Appetitlosigkeit, Untergewicht oder eine Schwächung des Immunsystems nach sich ziehen kann“, so der 1. Vizepräsident. Umgekehrt fördere die Einbringung in den Arbeitsprozess das Selbstbewusstsein, erleichtere das Knüpfen von sozialen Kontakten sowie die Integration und stärke sowohl das persönliche Wohlbefinden als auch die Gesundheit.

Abwärtsspirale in der Stationären Versorgung verhindern

„Der Berufsalltag der Krankenhausärztinnen und -ärzte ist geprägt von einer steigenden Arbeitsbelastung, die nicht nur auf die stetige Zunahme der bürokratischen Anforderungen zurückzuführen ist, sondern vor allem auch auf eine unzureichende Personalvorhaltung. Diese Situation ist zunächst Folge der seit Jahren unzureichenden Ausbildungskapazitäten, wurde durch die ruinösen kommerziellen Zwänge, denen Krankenhäuser infolge falsch verstandenen Wettbewerbs unterworfen wurden, verschärft und treibt nun immer mehr Kolleginnen und Kollegen in zunehmend ausgeprägte Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse“, führt der 1. Vizepräsident weiter aus. Das wahre Ausmaß des Problems werde dabei durch den ebenfalls rasant zunehmenden Mangel an Pflegepersonal sogar noch verdeckt. Wo es keine anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mehr gebe, brauche man am Ende auch

Bayerische Landesärztekammer
Pressestelle
Dagmar Nedbal
Mühlbauerstraße 16
81677 München
Telefon: 089 4147-268
Fax: 089 4147-202
E-Mail: presse@blaek.de
www.blaek.de

Presseinformation

keine Ärztinnen und Ärzte – die Versorgung der Patientinnen und Patienten bleibe dabei aber endgültig auf der Strecke. Die Krankenhäuser benötigten deshalb unbedingt eine patienten- und aufgabengerechte ärztliche Personalausstattung.

Belegt werde die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen auch durch eine aktuelle bundesweite Umfrage des Instituts für Qualitätsmessung und Evaluation (durchgeführt vom 20. Mai 2022 bis zum 19. Juni 2022) unter 8.464 angestellten Ärztinnen und Ärzten, die zu etwa 90 Prozent in Akutkrankenhäusern und Reha-Kliniken arbeiteten. Etwa 25 Prozent der Befragten erwägen eine Aufgabe ihrer ärztlichen Tätigkeit. „Diese erschreckende Zahl ist auf die nach wie vor hohe Anzahl von Überstunden sowie die Überlastung durch zu viele Nacht- und Wochenenddienste zurückzuführen, die letztlich Folge des enormen kommerziellen Drucks auf die sowie seitens der Arbeitgeber ist“, so Botzlar. Laut Umfrage leisteten 19 Prozent der Befragten zehn bis 19 Überstunden pro Woche, wobei ein erheblicher Teil der Arbeitszeit durch administrative Tätigkeiten wie Datenerfassung und Dokumentation verloren gehe, im Mittel drei Stunden pro Tag. Das Spitzendrittel der Befragten habe den Aufwand sogar mit „mindestens vier Stunden“ quantifiziert, während vor sieben Jahren die Antwort auf die identische Frage noch „mindestens zwei Stunden“ gelautet habe. Erfolgreicher Bürokratieabbau sehe anders aus.

Unter schlechten Arbeitsbedingungen litten insbesondere die Ärzte an den Universitätskliniken, wo neben ärztlichen Behandlungen auch Forschung und Lehre betrieben werden solle. Der Wunsch nach Spitzenmedizin müsse aber durch das Angebot guter Arbeitsbedingungen begleitet werden. Leider hätten die Bundesländer, welche die meisten Universitätskliniken trügen (der Freistaat Bayern ist Träger aller sechs bayerischen Universitätskliniken), in den zurückliegenden Tarifverhandlungen den Bedarf für strukturelle Verbesserungen der Arbeitsbedingungen grundsätzlich bestritten und ihre Ärzte dadurch vor den Kopf gestoßen.

„Überlange Arbeitszeiten rauben nicht nur Zeit für Fortbildung und persönliche Entfaltung, sie verunmöglichen auch die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen und vor allem die notwendige Erholung und damit die eigene Gesunderhaltung“, erläutert Botzlar. Angesichts eines ohnehin nicht mehr vollständig abwendbaren Mangels an Ärzten dürfe man die vorhandenen nicht unnötig verschleifen oder sie in die Berufsaufgabe treiben.

Pressestelle

Bayerische Landesärztekammer
Pressestelle
Dagmar Nedbal
Mühlbauerstraße 16
81677 München
Telefon: 089 4147-268
Fax: 089 4147-202
E-Mail: presse@blaek.de
www.blaek.de